

REGELUNGS- KOMPETENZEN BEI DER BELEGUNG DIGITALER KABELNETZE

Eine verfassungsrechtliche Untersuchung zur Abgrenzung von Bundes- und Länderzuständigkeiten und zu den Rechten der Netzbetreiber bei der Zuweisung von Kabelkapazitäten für multimediale Dienste

Ein Rechtsgutachten im Auftrag der
Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM)

von Dr. Hubertus Gersdorf

Inhaltsverzeichnis

wort	9
Einführung	11
Kompetenzielle Probleme bei der Aufteilung von Übertragungskapazitäten in der Vergangenheit und Gegenwart	13
Kompetenzkonflikte in der Vergangenheit	13
I. Aktueller Kompetenzkonflikt und verfassungsrechtliche Fragestellungen	17
1. Aufteilung des Kabelnetzes in analoge und digitale Bereiche	18
2. Aufteilung der Übertragungskapazitäten im digitalen Datencontainer (Bit-Management)	19
a) Aufteilung der Übertragungskapazitäten auf bestimmte Telekommunikationsdienste	21
b) Aufteilung der Übertragungskapazitäten auf Dienste der Massen- und der Individualkommunikation	24
c) Aufteilung der Übertragungskapazitäten auf Rundfunkdienste und Nicht-Rundfunkdienste	26

C) Einfachgesetzliche Ausgestaltung der Aufteilung von Übertragungskapazitäten	28
I. (Bundes-) Telekommunikationsgesetz (TKGE)	28
1. Frequenzbereichszuweisungsentscheidung	29
2. Frequenznutzungsentscheidung	30
3. Frequenzzuteilungsentscheidung	31
II. Landesmediengesetze	31
D) Kompetenzrechtliche Zuordnung der Kapazitätsaufteilungsentscheidung	35
I. Grundsätzliche Erwägungen zur verfassungsrechtlichen Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat	36
II. Reichweite der Telekommunikationskompetenz des Bundes nach Art. 73 Nr. 7 GG	38
1. Höchststrichterliche Rechtsprechung	39
2. Schrifttum: Insbesondere zur Frage nach der Einbeziehung der Individualkommunikation in den Zuweisungsgehalt des Art. 73 Nr. 7 GG	42
a) Abgrenzung von Individual- und Massenkommunikation	44
b) Individualkommunikation als Gegenstand des Art. 73 Nr. 7 GG?	46
3. Telekommunikationskompetenz des Bundes und Aufteilung von Übertragungskapazitäten im breitbandigen Kabelnetz	48
4. Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs?	53

III. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz und Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes: Art. 72 Abs. 2 GG als Hindernis für die Wahrnehmung von Bundeskompetenzen	54
1. Regelungsgehalt des Art. 72 Abs. 2 GG.....	56
2. Art. 72 Abs. 2 GG: Primat der Länderkompetenz für die Aufteilung von Übertragungskapazitäten	62
E) Verfassungsrechtliche Bindungen der Länder bei der Aufteilung von Übertragungskapazitäten	66
I. Rechtsstellung der Deutschen Telekom AG nach der Postreform II	67
II. Grundrechtliche Schutzpositionen: Deutsche Telekom AG als Trägerin materieller Grundrechte?	69
III. Wirtschaftlichkeitsgebot nach Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG	73
IV. Wirtschaftliche Interessen der Netzbetreiber als Schranke der Ländergesetzgebung: Sozialpflichtigkeit des Eigentums als Abwägungsmaßstab	75
F) Zusammenfassung in Thesen	80
I. Kompetenzrechtliche Probleme bei der Aufteilung von Übertragungskapazitäten in der Vergangenheit und Gegenwart	80
II. Einfachgesetzliche Ausgestaltung der Aufteilung von Übertragungskapazitäten.....	81
III. Kompetenzrechtliche Zuordnung der Kapazitätsaufteilungsentscheidung	82

IV. Verfassungsrechtliche Bindungen der Länder bei der Aufteilung von Übertragungskapazitäten	84
Literaturverzeichnis	86